

INHALT

1. Dritte Anhörung zum Tariftreuegesetz wird abgelehnt
2. Debatte zur Einhaltung der Schuldenbremse
3. SPD, Grüne und SSW setzen bei HSH Nordbank auf das Prinzip Hoffnung
4. Bundesratsinitiative für gesetzliche Frauenquote
5. SPD und Grüne stellen Wahlkampfstrategie über das Allgemeinwohl
6. CDU-Fraktion fordert Ausbau der S 21 aus Regionalisierungsmitteln und Nachbesserung bei Marschbahn
7. Landesregierung schafft Verunsicherung in der Wohnungswirtschaft
8. GirlsDay 2013

25.04.2013

**Dritte Anhörung zum Tariftreuegesetz wird abgelehnt
SPD, Grüne und SSW peitschen Tariftreuegesetz durch**



CDU-Fraktionschef, Johannes Callsen, MdL

Trotz massiver Proteste der Kommunalen Spitzen- und der Wirtschaftsverbände bis hin zu Klageandrohungen haben SPD, Grüne und SSW das umstrittene Tariftreue- und Vergabegesetz heute durch den Landtag gepeitscht. In einer von der CDU-Fraktion beantragten namentlichen Abstimmung lehnten die Regierungsabgeordneten die von der CDU-Fraktion beantragte dritte Lesung ab.

„Sie überladen die öffentliche Vergabe mit vergabefremden Kriterien und verlieren aus dem

Auge, was öffentliche Vergabe leisten soll. Damit und mit Ihrer Weigerung, eine erneute Anhörung aller Betroffenen durch zu führen haben Sie den Vogel abgeschossen“, so CDU-Fraktionschef Johannes Callsen in seiner Rede.

Er wies darauf hin, dass selbst Wirtschaftsminister Meyer und Abgeordnete der Koalition im Ausschuss festgestellt hätten, dass der geänderte Entwurf ein “neues Gesetz“ sei.

„Die Handwerker haben sich auf die Beteuerungen der Koalitionspolitiker verlassen, man werde in ihrem Interesse nachbessern. Aber heute ist klar: Wer sich auf solche Zusagen verlässt, der ist verlassen. Denn Sie haben Ihr verkorkstes Gesetz nicht nachgebessert, Sie haben es verschlimmbessert. Das ist der eigentliche Skandal dieser Dialog-Politik“, sagte Callsen an die Adresse der Regierungskoalition gerichtet.

Dies alles als kluge Wachstumspolitik zu beschreiben, sei schlicht eine Farce. Deshalb sei niemand verwundert, wenn bei der Politik von SPD, GRÜNEN und SSW die Konjunkturumfragen in Schleswig-Holstein erste Bremsspuren zeigten.

„Sie sichern keine Arbeitsplätze, Sie vernichten Arbeitsplätze!“, kritisierte Callsen und bezeichnete die Regelungen der Koalition als Arbeitsvernichtungsgesetz.

Link zum CDU-Antrag:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0700/drucksache-18-0779.pdf>

Debatte zur Einhaltung der Schuldenbremse

CDU: Koalitionsfraktionen wollen mit Augenschere von ihrem finanzpolitischen Unvermögen ablenken

Auf Antrag der CDU-Fraktion debattierte das Plenum des Schleswig-Holsteinischen Landtags heute (25. April 2013) über die Einhaltung der Schuldenbremse. Die CDU-Fraktion forderte die Landesregierung dabei auf, unverzüglich einen Nachtragshaushalt vorzulegen und die Schuldenbremse ohne neue Steuererhöhungen und Gehaltsverzicht der Beamten einzuhalten. SPD, Grüne und SSW lehnten den Antrag ab, ohne auch nur im Ausschuss darüber zu diskutieren.

„Einmal mehr versuchen die Abgeordneten von SPD, Grünen und SSW, ihnen unliebsame Diskussionen mit ihrer Einstimmenmehrheit niederzustimmen. Das Thema gefällt ihnen nicht, also soll darüber nicht gesprochen werden“, erklärte CDU-Fraktionschef Johannes Callsen nach der Abstimmung.

CDU-Haushaltsexperte Tobias Koch erinnerte an die Demonstrationen der Beamtenschaft gegen das geplante Tarifdiktat der Landesregierung, sowie an die massive Kritik der Immobilienverbände und des Mieterverbandes an der geplanten Grunderwerbsteuererhöhung.

„Wenn Mieter und Immobilienbesitzer angesichts der geplanten Grunderwerbsteuererhöhung gemeinsam vor großen Finanzinvestoren warnen, dann sollten alle Alarmglocken schrillen. In so einem Fall besteht dringender Beratungsbedarf. SPD, Grüne und SSW ignorieren diese Signale und stimmen alles nieder“, so Koch.

In der Debatte bezeichnete Koch das Besoldungsdiktat bei den Beamtinnen und Beamten, die Erhöhung der Grunderwerbsteuer auf den bundesweiten Rekordwert, die Forderung nach milliardenschweren Steuererhöhungen durch den Bund und den Versuch von SPD, Grünen und SSW, die Schuldzinsen des Landes in einen Fonds auszulagern und anderen aufs Auge zu

drücken, als „untaugliche Rezepte dieser Küstennebelkoalition“.

Die CDU-Fraktion habe bereits bei den Haushaltsberatungen beantragt, die Neuverschuldung realistischer anzusetzen. Die Regierungsfaktionen hatten dies jedoch als „Irrsinn“ abgetan. Die vorliegenden Zahlen für das 1. Quartal gäben den damaligen Bedenken der CDU nun jedoch im Nachhinein Recht. „Was wir brauchen, ist deshalb ein Nachtragshaushalt, der die falschen Ansätze bei Steuereinnahmen und Zinsausgaben korrigiert. Noch nie zuvor in der Geschichte haben die Menschen in Schleswig-Holstein so viele Steuern gezahlt, wie in den ersten drei Monaten dieses Jahres. Und da will die Koalition weiter an der Steuerschraube drehen“, so Koch.

Bei den Vorhaben der Küstennebelkoalition zum Altschuldentilgungsfond, der auf den Vorschlag von Ministerpräsident Peter Harry Carstensen aus dem Jahr 2008 zurückgeht, gehe es der Koalition vorrangig nicht um die Tilgung der Altschulden. Es gehe der Koalition vielmehr darum Zinslasten auf dem Bund abzuwälzen und sich dadurch neue Handlungsspielräume zu erhoffen.

„Sie veranschlagen mit Ihrem Vorschlag eine sofortige Zinsentlastung von 250 Millionen Euro für Schleswig-Holstein, wohingegen ein Altschuldentilgungsfonds bei realistischer Vorgehensweise dazu knapp 15 Jahre benötigen wird. Ihr Antrag bringt die vollkommene Ratlosigkeit zum Ausdruck, wie Sie in den nächsten Jahren die Schuldenbremse in Schleswig-Holstein einhalten wollen. Stattdessen rufen Sie lieber nach Steuererhöhungen im Bund und versuchen jetzt mal eben so die Zinsen verschwinden zu lassen. Alles Augenwischerei, um vom eigenen Unvermögen abzulenken“, so Koch abschließend in Richtung der Koalitionsfraktionen.

Link zum CDU-Antrag:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0600/drucksache-18-0648.pdf>

SPD, Grüne und SSW setzen bei HSH Nordbank auf das Prinzip Hoffnung CDU-Fraktion wird Garantieaufstockung ohne schlüssiges Gesamtkonzept nicht zustimmen



Tobias Koch, MdL

CDU-Haushaltsexperte Tobias Koch hat den Umgang von SPD, Grünen und SSW mit der HSH Nordbank in seinem heutigen Debattenbeitrag scharf kritisiert. Zunächst breche die frühere Kritik der damaligen Oppositionsfraktionen an der Politik der CDU-geführten Vorgängerregierung in sich zusammen. Keiner der damals von ihnen propagierten

Lösungsansätze werde jetzt in der Regierung weiter verfolgt.

„Zwischen Ihrer und unserer Politik gibt es allerdings einen gravierenden Unterschied: Wir haben damals die Konsequenzen aus der Finanzkrise gezogen!“, so Koch.

Denn neben der mit der Rettung der Bank einher gehenden Garantieerhöhung habe die Regierung Carstensen eine beschleunigte Konsolidierung des Landeshaushaltes eingeleitet. Diese Maßnahme sei heute sogar notwendiger als 2009. Im Gegensatz zu damals stehe eine Inanspruchnahme aus der Garantie in Milliardenhöhe mit Sicherheit fest und der Aktienkurs habe sich nahezu auf ein Drittel reduziert.

„Sie aber setzen ausschließlich auf das Prinzip Hoffnung. Unsere Konsolidierungsmaßnahmen drehen Sie zurück. Im Gegenzug erhöhen sie die Ausgaben und liegen beim Personalabbau mit dem Haushalt 2013 und dem Haushaltsentwurf 2014 30 Stellen zurück“, so Koch.

Die CDU-Fraktion erkenne die grundsätzliche Notwendigkeit für eine erneute Garantieraufstockung an, um die Überlebensfähigkeit der Bank zu sichern, die Kernkapitalquote zu stärken und auf diese Weise den Abbau der Gewährträgerhaftung bis zum Jahr 2015 zu ermöglichen.

Allerdings sei dazu ein Gesamtkonzept erforderlich, dass auch die Konsolidierung des Landeshaushaltes beinhalte. Jedes Gesprächsangebot dazu hätten die Regierungsfaktionen bislang abgelehnt. „Wir betreiben keine Fundamentalopposition, wir sind aber auch nicht naiv oder sogar dämlich und helfen Ihnen beim Problem der HSH Nordbank aus der Patsche, um dann anschließend tatenlos zuzusehen, wie Sie beim Landeshaushalt Ihren Stiefel durchziehen“, so Koch.

Ohne schlüssiges Gesamtkonzept werde es keine Zustimmung der CDU-Fraktion für eine Garantieraufstockung geben.

Bundratsinitiative für gesetzliche Frauenquote 35-Prozent-Frauenquote für Führungspositionen in Schleswig-Holsteins Unternehmen



Katja Rathje-Hoffmann, MdL

In einem Antrag der Regierungsfaktionen sprechen diese sich für eine feste bundesweite Quotenregelung aus, die mindestens 40 Prozent Frauenanteil in Aufsichtsräten sichert und eine paritätische Besetzung anstrebt.

Die frauenpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Katja Rathje-Hoffmann, wies darauf hin, dass die Regierungsfractionen damit deutlich über die Forderungen der SPD auf Bundesebene hinausgehen.

„Grund dafür ist sicherlich, dass die von der SPD auf Bundesebene geforderte Frauenquote für Aufsichtsräte von börsennotierten Unternehmen in Schleswig-Holstein überhaupt keine Anwendung finden würde. Denn bei uns gibt es überhaupt keine relevanten DAX-Unternehmen“, so Rathje-Hoffmann.

Auch ohne gesetzliche Quote liege der Anteil von Frauen in Führungspositionen in der mittelständisch geprägten Wirtschaft in Schleswig-Holstein schon heute bei rund 35 Prozent, betonte die CDU-Abgeordnete.

„Deshalb ist der Antrag der Regierungsfractionen auch unnötig“, so Rathje-Hoffmann.

Sie forderte insbesondere die SPD auf, zunächst vor der eigenen Tür zu kehren. So seien in Niedersachsen die zwei freien Aufsichtsratsplätze bei VW beide mit Männern besetzt worden. In der durch die Landesregierungen von Hamburg und Schleswig-Holstein kontrollierten HSH Nordbank sei keine einzige Frau im Vorstand. Frauen im Aufsichtsrat würden lediglich von den Arbeitnehmervertretern gestellt. „Auch bei Ihnen sollten das Reden und das Handeln übereinstimmen“, so Rathje-Hoffmann.

SPD und Grüne stellen Wahlkampfaktik über das Allgemeinwohl Debatte über Steuergerechtigkeit im Landtag

Der Schleswig-Holsteinische Landtag befasste sich in seiner heutigen Plenarsitzung (25. April 2013) mit einem Antrag der Koalitionsfractionen zu Steuerhinterziehung und Steuergerechtigkeit. Dieser fordert die Landesregierung unter anderem auf, sich auf Bundesebene für den Ankauf von Steuer-CDs, die Einsetzung einer Bundessteuerverwaltung und eine Wiederaufnahme der Verhandlungen über ein Steuerabkommen mit der Schweiz einzusetzen.

Mit diesem Antrag betrieben Rot und Grün Wahlkampf auf Kosten des Allgemeinwohls, ordnete der finanzpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraction, Tobias Koch, die Bedeutung des Antrags ein. „Erst hatte die SPD nur Pech, dann kam auch noch Peer dazu: Jetzt aber ist der SPD mit Uli Hoeneß anscheinend ein Geschenk des Himmels in den Schoß gefallen“.

Mit der Ablehnung des Steuerabkommens mit der Schweiz habe die SPD allerdings selbst dafür gesorgt, dass zum Jahreswechsel Steuerforderungen im dreistelligen Millionenbereich verjährt und damit unwiederbringlich für die Staatskasse verloren gegangen seien.

94 Selbstanzeigen in den ersten drei Monaten dieses Jahres in Schleswig-Holstein bedeuteten nicht, dass mit dem Ankauf von Steuer-CDs die Gesamtheit aller Steuerhinterzieher erfasst werde. Es gehe immer nur um eine willkürliche Zahl von Einzelfällen.

„Wer sich nicht auf den Zufall von Steuer-CDs und Selbstanzeigen verlassen will, der kommt im Verhältnis zwischen souveränen Staaten um den Abschluss bilateraler Steuerabkommen nicht herum“, so Koch.

Mit der Blockade des Steuerabkommens hätten SPD und Grüne bislang Wahlkampfaktik über das Allgemeinwohl gestellt.

„Dieser Antrag ist längst noch nicht beschlussreif. Nur die Inhalte eines SPD-Papiers hier in einen Landtagsantrag hineinzuschreiben, ist noch keine Leistung. Bei Bankenregulierung und Steuerhinterziehung hätte Peer Steinbrück es in seiner Zeit als Bundesfinanzminister selbst in der Hand gehabt, den Worten auch Taten folgen zu lassen. Manche Auswirkungen der Finanzkrise hätten vermieden werden können, wenn Peer Steinbrück den Banken damals Zügel angelegt und die unter Rot-Grün gelockerten Regeln für Hedge-Fonds wieder korrigiert hätte“, so Koch abschließend.

CDU-Fraktion fordert Ausbau der S 21 aus Regionalisierungsmitteln und Nachbesserung bei Marschbahn Zwei CDU-Anträge in Wirtschaftsausschuss verwiesen



Hans-Jörn Arp, MdL

Zwei verkehrspolitische Anträge der CDU-Fraktion wurden heute in den Wirtschaftsausschuss überwiesen. Dabei geht es zum einen um die Ausschreibung der Marschbahn (Link siehe unten). Dort droht die Aufgabe der Haltestation Glücksstadt bereits ab Dezember nächsten Jahres. Der CDU-Antrag fordert die Landesregierung auf sicherzustellen, dass die Nord-Ostseebahn alle ursprünglich vertraglich zugesicherten Halteoptionen für die Orte mit Haltepunkten der Marschbahn bis Dezember 2015 wahrnimmt. Alle Orte mit Haltepunkten der Marschbahn im Rahmen der Ausschreibung des Netzes West (Hamburg – Westerland/Sylt) ab Dezember 2015 sollen mindestens im gleichen Umfang angefahren werden wie dies bis Dezember 2014 gewährleistet wird.

Die Landesregierung vertritt bislang einen Kompromissvorschlag mit drei zusätzlichen Verbindungen der Marschenbahn vormittags und drei Verbindungen abends für den Bahnhof Glücksstadt. Diesen Kompromiss bezeichnete CDU-Verkehrsexperte Hans-Jörn Arp in seinem Debattenbeitrag als faul. „Der Öffentliche Personennahverkehr hat sich an den Mobilitätsbedürfnissen der Menschen zu orientieren und nicht umgekehrt! Das Problem ist doch, wenn Schüler, Schichtarbeiter und Arbeitnehmer in Teilzeit zwar morgens in die Schule oder zur Arbeit kommen, aber mittags nicht mehr zurück nach Hause. Drei Züge morgens bringen den Betroffenen gar nichts. Sie müssen trotzdem mit dem Auto fahren. Deswegen ist es für mich unverständlich, dass der Kompromiss keine zusätzlichen Verbindungen in der Mittagszeit vorsieht“, so Arp.

Gemeinsam mit dem Segeberger CDU-Landtagsabgeordneten Volker Dornquast hatte der Pinneberger Abgeordnete Peter Lehnert einen Antrag zur Finanzierung des Ausbaus der AKN zur S21 aus Regionalisierungsmitteln gefordert (Link siehe unten). „Es ist uns durch den Einsatz

verschiedener Akteure in den vergangenen Jahren gelungen, mit erheblichem Investitionsaufwand die AKN-Strecke zwischen Eidelstedt und Kaltenkirchen zweigleisig auszubauen“, erklärte Lehnert in seinem Debattenbeitrag.

Damit sei eine hervorragende Grundlage und eine gute Ausgangsposition für die geplante Elektrifizierung geschaffen worden. Die entlang der Strecke liegenden Kreise Pinneberg und Segeberg sind nicht nur die einwohnerstärksten in unserem Land, sondern haben in den letzten Jahren vor allem bereits eine Verdoppelung des Fahrgastaufkommens erreicht.

Lehnert betonte, die inzwischen eingetretene zeitliche Verzögerung dürfe nicht weiter anhalten. „Die weiteren Planungen müssen nun zügig in Angriff genommen werden. Hierbei bleibt die Landesregierung durch die einstimmige Beschlussfassung des Landtages vom Dezember 2011 ausdrücklich zum Handeln aufgefordert“, erinnerte der Pinneberger Abgeordnete.

Die förderrechtlichen Voraussetzungen gegenüber dem Bund müssten zeitnah geschaffen werden.

Link zum CDU-Antrag zur Marschenbahn:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0500/drucksache-18-0572.pdf>

Link zum CDU-Antrag zur S 21:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0700/drucksache-18-0734.pdf>

Landesregierung schafft Verunsicherung in der Wohnungswirtschaft Anhebung der Grunderwerbssteuer hat fatale Auswirkungen auf Wohnungsmarkt



Peter Lehnert, MdL

Unter dem Titel „Schaffung bezahlbaren Wohnraums ermöglichen“ diskutierte der Schleswig-Holsteinische Landtag heute (25. April 2013) auf Antrag der FDP über die Entwicklung der Wohnungsmärkte in Schleswig-Holstein.

Für die CDU-Fraktion hielt der wohnungsbaupolitische Sprecher, Peter Lehnert, in der Debatte fest, dass die Wohnungsmärkte im Land dank kontinuierlich hoher Investitionen in den vergangenen Jahren stabil gewesen seien. Regional gäbe es allerdings Unterschiede, die durch die Wohnraumförderung des Landes entsprechend gefördert werden müssten.

„Die regionalen Wohnungsmärkte haben sich in den letzten Jahren uneinheitlich entwickelt,

dabei haben sich bestehende Unterschiede weiter verstärkt. Während weite Teile des Landes durch niedrige Mieten gekennzeichnet sind, haben sich für einige Teilmärkte relativ hohe Mietenniveaus entwickelt. Soweit sich der Neubau oder die Bestandserneuerung in bezahlbaren Wohnraum in diesen Regionen nicht über Mieten refinanzieren lässt, muss die Landesförderung hier über verschiedene Förderinstrumente eine Brückenfunktion übernehmen“, so Peter Lehnert.

Allerdings würden alle Bemühungen durch die im März beschlossene Erhöhung der Grunderwerbssteuer – auf dann 6,5 Prozent – vollkommen konterkariert. Deutschlandweit wäre dies ein unerreichter Höchstsatz, der diese Steuer damit innerhalb von zwei Jahren um insgesamt 86 Prozent ansteigen ließe.

„Die Landesregierung betreibt Augenschere, wenn sie behauptet, dass niedrige Zinsen die höhere Steuerbelastung auffangen würden. Im Übrigen wird nach aller Lebenserfahrung eine einmal erhöhte Steuer nicht wieder abgesenkt, wenn die Zinsen wieder steigen“, so Lehnert.

Künftig stünden hauptsächlich nur noch Finanzinvestoren als Käufer zur Verfügung. Diese würden dann zur Gewinnmaximierung die notwendige soziale Durchmischung der Bestände vernachlässigen und die Instandhaltung zurückfahren. Weitere Unsicherheiten schafften die geplante Änderung des erst vor einem Jahr novellierten Denkmalschutzgesetzes sowie erneute Änderungen im Bereich des Landesentwicklungsplans.

„All dies führt nicht zu stabilen und zukunftssicheren Rahmenbedingungen. Diese sind jedoch dringend erforderlich, um die erheblichen Zukunftsinvestitionen im Bereich des Wohnungsbaus nachhaltig planbar zu machen. Die Landesregierung ist daher aufgefordert, in enger Kooperation mit allen Beteiligten im Bereich der Wohnungswirtschaft die aufgetretenen Verunsicherungen schnellst möglich zu beseitigen“, so Lehnert abschließend.

GirlsDay 2013

13 Mädchen zu Gast in der CDU Fraktion



Die Teilnehmerinnen des GirlsDay 2013

13 Mädchen nahmen die Möglichkeit wahr, am diesjährigen Girls' Day hinter die Kulissen der CDU-Landtagsfraktion zu schauen. Die Mädchen zwischen 13 und 16 Jahren kamen von acht unterschiedlichen Schulen aus Schleswig-Holstein.

„Für die Mädchen war der diesjährige Girls Day ein ganz besonderer Tag“, unterstrich die

familienpolitische Sprecherin Katja Rathje-Hoffmann nach dem abschließenden Gespräch. Die Teilnehmerinnen erhielten in diesem Jahr nicht nur einen Einblick in die Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktion. Da gleichzeitig der Landtag tagte, konnten sie die Abgeordneten direkt am Rednerpult erleben.

Die Mädchen nutzten die Gelegenheit, die Abgeordnetentätigkeit „unter die Lupe“ zu nehmen: „Wie wird man Abgeordnete des Schleswig-Holsteinischen Landtages? Was muss man dafür tun? Wie sieht der Alltag als Abgeordnete aus?“

Hintergrundinformationen der Landtagsverwaltung weckten das Interesse der Mädchen, sich selbst am politischen Leben in Schleswig-Holstein zu beteiligen und dieses aktiv mit zu gestalten. „Ich hoffe, dass dieser Tag den jungen Mädchen die intensive Arbeit in den Parlamenten vermittelt und sie angeregt hat. Wir brauchen auch im politischen Alltag mehr kluge und gut ausgebildete Frauen“, so Rathje-Hoffmann.

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de